

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

**Region
Niedersachsen-Mitte**

DGB Region Niedersachsen-Mitte, Büro Hildesheim ·
Osterstraße 39a · 31134 Hildesheim

Büro Hildesheim
Osterstraße 39 a
31134 Hildesheim
Telefon: 0 51 21 - 74 99 530
Telefax: 0 51 21 - 51 49 53

Herrn
Ministerpräsident Christian Wulff
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

E-Mail
Regina.Stolte@dgb.de

Abteilung

Unsere Zeichen
rs

Datum
22.04.10

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wulff!

Der Drucksache 18/1876 vom 20.11.2009 des Niedersächsischen Landtages ist zu entnehmen, dass u. a. der Landkreis Hildesheim "innerhalb der vergangenen vier Jahre" ein Passersatzpapier gekauft hat, um einen Flüchtling in die Republik Guinea abschieben zu können.

Guinea wurde zu der Zeit von einer Militärjunta regiert, die von der Europäischen Union nicht anerkannt wurde. Erst am 15. Februar 2010 wurde ein neuer Premierminister ernannt und eine neue Übergangsregierung eingesetzt, die nun innerhalb von 6 Monaten demokratische Präsidentschaftswahlen organisieren soll. Für den Zeitraum, in dem das Passersatzpapier beschafft wurde, beschrieb das auswärtige Amt die Menschenrechtsslage u. a. wie folgt: "Menschenrechte sind weitgehend eingeschränkt, weil die Justiz schlecht ausgestattet, schlecht bezahlt und für Korruption anfällig ist. Menschenrechtsübergrieffe staatlicher Stellen werden praktisch nicht verfolgt. Beschuldigte werden in Polizeistationen systematisch gefoltert, teilweise auch in den Gefängnissen ... Knapp

zwei Drittel der Gefangenen sind in Untersuchungshaft, viele davon, weil ihre Fälle jahrelang unbearbeitet bleiben".

Eine Delegation von Beamten des Staates Guinea bereiste in den vergangenen Jahren Deutschland und besuchte diverse Ausländerbehörden. Dabei wurde angeboten, Abschiebpapiere bzw. Passersatzpapiere auszustellen. Dazu wurden der Delegation u. a. in den Räumen der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde Braunschweig ausländische Flüchtlinge vorgeführt, um diese als Staatsangehörige aus Guinea zu identifizieren bzw. diese einzubürgern.

Dazu urteilte u. a. das Verwaltungsgericht Lüneburg im Oktober 2008, die Vorführung bei der Delegation sei "nicht im Ansatz dazu geeignet, eine Staatsangehörigkeit festzustellen". Die Zahlung solcher Summen an eine Delegation aus dem als besonders korrupt bekannten Guinea unterliege "erheblichen rechtsstaatlichen Zweifeln".

Der DGB-Kreisvorstand Hildesheim hält eine solche Vorgehensweise im Umgang mit Flüchtlingen für nicht akzeptabel und es ist nicht das Vorgehen, das unseren Wertvorstellungen entspricht. Es kann nicht sein, dass in Kenntnis der Menschenrechtssituation in Guinea Personen in ein solches Land abgeschoben werden. Es entspricht auch nicht unseren Wertvorstellungen, einerseits eine Regierung -zu Recht- nicht anzuerkennen, andererseits aber mit Vertretern eben dieser Regierung "Geschäfte" zu machen. Das ist nicht die Vorgehensweise, mit der wir unseren Rechtsstaat in Verbindung sehen wollen.

Auf unseren Offenen Brief vom 23.03.2010 an den Landrat des Landkreises Hildesheim teilte der Landkreis dem "Kehrwieder am Sonntag", der die Thematik aufgegriffen hat, mit: "die für Rückführungen erforderlichen Passersatzpapiere würden 'bei Problemstaaten' zentral durch die jeweils zuständige Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde beschafft". Weiter war im Kehrwieder am Sonntag zu lesen: "'Möglichkeiten einer Einflussnahme bestehen auch hier nicht', so der Landkreis."

22.04.2010

Seite 3

Eine direkte Antwort auf seinen Offenen Brief hat der DGB-Kreisvorstand nicht erhalten.

Wir fordern von Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dafür zu sorgen, dass künftig keine Abschiebungen mehr in Länder veranlasst werden, von denen bekannt ist, dass Menschenrechte eingeschränkt sind und auch Folter zur gängigen Praxis staatlicher Stellen gehört. Ebenso müssen derart zweifelhafte Methoden zur Feststellung der Staatsangehörigkeiten wie oben beschrieben absolut tabu sein.

Mit freundlichen Grüßen

Regina Stolte
Kreisvorsitzende

Anlagen:

Offener Brief an Herrn Landrat Wegner vom 23.03.2010

Artikel aus dem "Kehrwieder am Sonntag" vom 28.03.2010